

# Wochenspiegel

Darüber diskutiert Frankreich

13. – 20.10.2023

**In Frankreich herrscht nach dem Attentat in Arras die höchste Terroralarmstufe.** Ein islamistisch radikalisiertem junger Mann hatte am 13. Oktober einen Lehrer in einer Schule mit einem Messer getötet und drei weitere Menschen schwer verletzt. Angesichts einer erhöhten Bedrohungslage sollen in Frankreich bis zu 7.000 Soldaten mobilisiert werden. Am Wochenende wurden das Schloss von Versailles und der Louvre nach Bombendrohungen geräumt. Am 18. Oktober mussten 15 Flughäfen, darunter die Flughäfen von Lille, Lyon, Nantes, Nizza, Toulouse und Beauvais evakuiert werden. Prüfung des Demonstrationsverbots durch Conseil d'Etat.

**Der Nationalrat der Sozialistischen Partei stimmte in der Nacht zum 18. Oktober für ein „Moratorium“ über die Beteiligung am Linksbündnis Neue Ökologische und Soziale Volksunion (Nupes).** In dem Text heißt es, dass der Vorsitzende von La France insoumise Jean-Luc Mélenchon, dem es „vor 18 Monaten gelungen sei, die Linke zu vereinen“, aufgrund seiner „Strategie der ständigen Konfliktualisierung zu einem Hindernis für das Bündnis“ geworden ist. Diese Entscheidung folgte auf die Weigerung von Jean-Luc Mélenchon und seinem engsten Kreis, die Hamas nach dem Angriff auf Israel als Terroristen zu bezeichnen.

**Die Energieminister der 27 EU-Mitgliedstaaten haben sich am 17. Oktober in Luxemburg über die Reform des Strommarktes geeinigt.** Frankreich hat einen entscheidenden Erfolg erzielt: Während zu Beginn der Beratungen des Rates am Dienstagmorgen bestehende Vermögenswerte und damit der französische Atompark mit 56 Reaktoren nicht unter den Text fielen, wurden sie in der endgültigen Fassung wieder aufgenommen. Es wird also möglich sein, Differenzverträge (CFDs) auf die Stromerzeugung des französischen Kernkraftwerks einzuführen. Sie gelten auch für große Windkraft- und Photovoltaikanlagen oder Wasserkraftstaudämme. Das Abkommen soll auch dazu beitragen, dass die Europäer ihre Ziele zur Senkung der Treibhausgasemissionen erreichen können.

**Der französische Präsident Emmanuel Macron appellierte am 17. Oktober an den „Verantwortungssinn“ des serbischen Präsidenten Aleksandar Vucic und der kosovarischen Behörden in Bezug auf die Spannungen, die in den letzten Wochen einen Höhepunkt erreicht haben und „eine Bedrohung für die Vis liberalisierung darstellen“.** Emmanuel Macron reiste am Montag und Dienstag zum ersten bilateralen Besuch eines französischen Präsidenten in Albanien seit der Unabhängigkeit des Landes im Jahr 1912. Laut dem Elysée-Palast ging es darum, die Integration in die Europäische Union zu unterstützen.

**Der Staatsrat (Conseil d'Etat) erinnerte am 18. Oktober, daran, dass es den jeweiligen Präfekten obliegt, „von Fall zu Fall“ zu beurteilen, ob eine pro palästinensische Demonstration das Risiko größerer Unruhen mit sich bringt und somit verboten werden kann.** Nach den Angriffen der Hamas in Israel hatte Innenminister Gérald Darmanin Telegramme an die Präfekten aller Départements geschickt, in denen er forderte, dass die Demonstrationen verboten werden sollten. Außerdem forderte er, dass die Organisatoren dieser Versammlungen und die "Unruhestifter" systematisch festgenommen werden sollten.

**Die deutsche Medienaufsichtsbehörde hat bekanntgegeben, dass RFI, der öffentlich-rechtliche französische Auslandsrundfunk, seine UKW-Frequenz in Berlin für weitere sieben Jahre behalten wird.** Das Thema sorgte vor dem Hintergrund der Abschaffung der Rundfunkgebühren in Frankreich für Unruhe. RFI trägt zur „Medienvielfalt in Berlin“ bei, so die MABB zur Begründung der Verlängerung. Im April hatte die Chefin von

France Médias Monde, der staatlichen Gruppe, die den Nachrichtensender France 24 und den Radiosender RFI vereint, Marie-Christine Saragosse, vor einem möglichen Verlust der UKW-Frequenz von RFI in Berlin gewarnt, da die Finanzierung des Senders infolge der Abschaffung der Rundfunkgebühren in Frankreich umgestellt werden müsse.

**Das französische Unternehmen Orano kündigt großen Durchbruch für Zuuvch Ovoo, ein Minenprojekt in der Mongolei, an.** Orano hat am 12. Oktober, ein Memorandum of Understanding für Zuuvch Ovoo unterzeichnet. Dieses große Uranminenprojekt in der Mongolei soll 2028 in Betrieb genommen werden, um 2500 Tonnen Uran pro Jahr zu fördern und damit die Produktion des französischen Konzerns zu diversifizieren. Ein Plan, der vom Elysee-Palast unterstützt wird, wo die Unterzeichnung des Abkommens in Anwesenheit der Präsidenten der beiden Länder stattfand.



PARLAMENT,  
PARTEIEN  
& PERSONEN

**Am 17. Oktober startete Pierre-Yves Bournazel (Horizons) seine Wahlkampagne für die Kommunalwahlen in Paris im Jahr 2026.**

Der vom ehemaligen Premierminister Edouard Philippe unterstützte ehemalige Abgeordnete der Nationalversammlung tritt damit in Konkurrenz zum macronistischen Lager. Die beiden Ministern Gabriel Attal und Clément Beaune haben bereits Interesse für das Pariser Rathaus angemeldet.

3	8	7
0	2	6
5	3	1
7	4	9
8	2	0
9	6	2

DIE ZAHL DER WOCHE

**13**

Zum 13. Mal seit ihrem Amtsantritt hat Premierministerin Elisabeth Borne am 18. Oktober die Verfassungsklausel 49.3 angewendet, um den ersten Teil des Haushaltsentwurfs für 2024 ohne Abstimmung zu verabschieden.